

STAATSRECHTLICHE DISKUSSIONEN BEZÜGLICH DER LEHRE DER HL. KRONE ZUR ZEIT DER GEGENREVOLUTION

von
JÓZSEF KARDOS

Die staatstheoretischen Vorstellungen der Ideologen, Politiker, Historiker und Rechtshistoriker war durch und durch vom Mythos der hl. Krone, von der Lehre der hl. Krone durchdrungen. Die Idee der hl. Krone, die Ende des XIX. Jahrhunderts als Lehre abgefasst wurde, bedeutete die Fassung ständig sich ändernden, sich verzweigenden Anschauungen, womit jene die es verwandten, die eben gegebenen politischen Ziele und Interessen begründen und beweisen konnten. Das neuzeitliche Ideensystem der mit der Krone zusammenhängenden Anschauungen dehnte sich fast parallel mit der Entfaltung des Kapitalismus aus, wobei es sich auf das brauchbare ideelle Erbe des Feudalismus stützte. Diese Lehre entsprach gut den besonderen Verhältnissen des ungarischen Kapitalismus, widerspiegelte gut dessen Charakter, der mit feudalen Resten und Halblösungen belastet war. Zugleich lieferte es den herrschenden Klassen eine ideologische Waffe, womit die Verkündung der Ewiggültigkeit der gesellschaftlichen Zusammenarbeit und des bestehenden Regimes, die Deklaration des Rechtes der Herrschaft über die Nationalitäten historisch zu beweisen war.

Man war bestrebt die Wirksamkeit und die agitative Kraft der Lehre der hl. Krone durch Darlegung ihrer geschichtlichen Vergangenheit zu sichern und zu diesem Zweck wurde die tatsächlich vorhandene und angenommene Rolle der mit der Krone zusammenhängenden Anschauungen während der ungarischen Geschichte irreal vergrößert und aktualisiert, auf ihre eigene Zeit angepasst.

Die Verkünder brachten die Lehre der hl. Krone mit der Krone St. Stephans in Zusammenhang. Der Zeitpunkt der Ausbildung der Lehre konnte aber nicht auf die Zeit Stephans I. verlegt werden (es wurden zwar auch solche Versuche unternommen), da zu seiner Zeit, aber auch noch in den folgenden Jahrhunderten, brauchbare Dokumente in genügender Zahl nicht zu finden waren. In den Standeskämpfen, bzw. in deren ideologischer Projektion, in den auf ideeller Ebene ausgefochtenen Zusammenstößen der Standeskämpfe wurde die relativ häufige Bezugnahme auf die hl. Krone entdeckt. Aus der „nachträglichen Rediegierung“ des so gefundenen ideellen Rohmaterials wurde dann die

Lehre der hl. Krone, das als alleinstehend vorgestellte Ideensystem des ungarischen Staatslebens und Konstitutionalismus nachgewiesen.

Es ist üblich die neuzeitliche Abfassung der Lehre der hl. Krone im allgemeinen mit dem Namen von Imre Hajnik zu verknüpfen. Er verlegte die Ausbildung des Staatsbegriffes der hl. Krone auf das XIV. Jahrhundert. Seiner Ansicht nach kam unter den Anjou-Königen durch Verschmelzung der Stammesgüter und der Donationsgüter eine neue Besitzordnung zustande, worin die hl. Krone zur Quelle jedes freien Besitzrechtes gemacht wurde. Die Könige waren gezwungen, nach der Donation ihrer Güter mit der adeligen „Nation“ stärker zu verschmelzen, in ihrer Wehrmacht und in ihrem Vermögen eine Stütze zu suchen, die „Nation“ aber kam durch die Donation in eine engere Verbindung mit dem König. Diese Verbindung kam im Begriff der Krone zum Ausdruck: „die hl. Krone wurde ein Symbol der zwischen König und Nation aufgeteilten öffentlichen Gewalt und ein staatsrechtlicher Begriff, der auf die Gestaltung jedes wichtigeren öffentlich-rechtlichen Verhältnisses einen Einfluss ausübte“¹. Von dieser Zeit an ist das Landesgebiet das Gebiet der hl. Krone, die königlichen Einkommen und Güter sind die Einkommen und Güter der hl. Krone, jedes Besitzrecht wurzelt in der hl. Krone und jeder, der über einen freien Besitz verfügt, kam in unmittelbare Beziehung zur hl. Krone und ist daher Teilhaber der Gewalt, ein Mitglied der hl. Krone. König und Nation sind in der hl. Krone vereint, und geben in der Reichsversammlung die Gesamtheit der öffentlichen Gewalt, wo sie gemeinsam den ganzen Körper der hl. Krone bilden. So gewinnt die ständische Verfassung nach Hajnik ihren ungarischen Charakter.

Alle, die sich später mit der Lehre der hl. Krone befassten, griffen im allgemeinen zu den Anschauungen von Imre Hajnik zurück. Das soll nicht bedeuten, dass sie seine Anschauungen unverändert übernahmen, sie verwandten es aber als Rahmen, den sie mit ihren Zielen entsprechendem Inhalt ausfüllen konnten. Hajnik projizierte bei der Darlegung seiner Gedanken moderne Begriffe (konstitutionelle öffentliche Gewalt, usw.) in die Vergangenheit zurück, vereinte willkürlich verstreute Hinweise, übertrieb und ergänzte die mittelalterlichen Anschauungen bezüglich der Krone, doch er wollte trotzdem in erster Reihe die Geschichte darstellen.

Auf diese geschichtliche Sammeltätigkeit, auf die im öffentlichen Bewusstsein lebenden und wirkenden geschichtlichen Requisiten stützen sich jene, die die in die Vergangenheit zurückgreifende und doch aktuelle Bedeutung der Lehre der hl. Krone betonten und dadurch das Staatssystem des Dualismus „rechtfertigten“, das auch Klassenharmonie schaffendes ursprüngliches Bestehen der konstitutionellen Monarchie „bewiesen“, die Rechtmässigkeit und Notwendigkeit der ungarischen Machtbestrebungen verkündeten.

Die Idee der hl. Krone erlangte im Gedankenkreis des eigentümlichen ungarischen Nationalismus ihre für wichtigst erachtete, das öffentliche Denken am stärksten beeinflussende Rolle. In der Geschichte des ungarischen Nationalismus bedeutete der Ausgleich von 1867 einen Wendepunkt. Die Ideologie der herrschenden Klassen richtete sich nach der neuen Lage. Der Gedanke der tatsächlichen und vollen Unabhängigkeit wurde im Interesse der Sicherung der Herrschaft über die Nationalitäten in den Hintergrund gestellt. Der ungarische Nationalismus erschien mit einer eigentümlichen Doppelheit, Zweiseitigkeit.

Der Grossmachtnationalismus war mit dem unterdrückten Nationalismus des kleinen Volkes verbunden, dieser letztere traf aber in der Ideologie der herrschenden Klassen – eben im Interesse der Reichsbestrebungen – mit der die Abhängigkeit aufrechterhaltenden Macht einen Ausgleich. Die Vertreter der herrschenden Klassen wollten aber nicht auf die massenmobilisierende Wirkung des aus der Abhängigkeit sich ergebenden Nationalismus verzichten. Sie versuchten es nach Möglichkeit in den Dienst ihrer Ziele zu stellen, gegen die Nationalitäten auszunützen und so das Vorzeichen seiner Ladung zu ändern.

Auch die Lehre der hl. Krone erwies sich als geeignetes Mittel der nationalistischen Demagogie, die die Möglichkeiten der eigentümlichen Lage auszunützen bestrebt war. Die Idee der hl. Krone, die das Andenken und Möglichkeit des mittelalterlichen Reichs ins Gedächtnis rief und nachwies, schloss das dualistische System nicht aus und gab zugleich die Illusion der Unabhängigkeit. Unabhängig von der Klassen- und Nationalzugehörigkeit fasste sie die gleichberechtigten Staatsbürger, die ganze Nation, die Bewohner des „historischen Ungarns“ und ihren Herrscher, den König, in eine Einheit. Damit wurde „eine beispiellos frühe und alleinstehend reine“ Verwirklichung der Staatlichkeit und des Konstitutionalismus suggeriert, die die staatsbildende Fähigkeit und Kraft des ungarischen Volkes beweist, die auch im System des Dualismus zur Geltung kommt.

Über die Anwendungsziele der Lehre der hl. Krone in der Zeit des Dualismus redet vielleicht am klarsten der Aufsatz von Géza Ferdinándy im Jahr 1917.² Aus diesem Aufsatz geht klar hervor, dass vor allem die ungeänderte Aufrechterhaltung des Verhältnisses zu Österreich die Treue zur Lehre der hl. Krone erfordert. Nach einer umständlichen „Beweisführung“ erklärt Géza Ferdinándy: Wenn Ungarn nicht mit Österreich zu verschmelzen, aber die bestehende Lage weiter aufrechtzuerhalten wünscht, so muss eine rechtliche Fiktion zu Hilfe genommen werden. Diese Rolle kommt der Theorie der hl. Krone zu. Diese Auffassung erfordert die ungeänderte Aufrechterhaltung der Monarchie – noch in 1917 – gegenüber der Aufteilung, der Forderung der wahren Unabhängigkeit, aber sie bedeutet zugleich den Widerstand gegen die Bestrebungen des zentralisierten Staates mit einem Mittelpunkt. Die Interessen der konservativen ungarischen herrschenden Klassen sind darin ausgedrückt: die Treue zum Dualismus zwecks Sicherung der Herrschaft über die Nationalitäten. Darauf weist die weitere Argumentation von Ferdinándy hin, der als den anderen entscheidenden Faktor, der die Lehre der hl. Krone unentbehrlich macht, im Gegengewicht der Unabhängigkeitsbestrebungen der Nationalitäten bezeichnete. Seiner Ansicht nach ist die Verehrung und Treue zu der hl. Krone das einzige historische Gefühlsband, das die Nationalitäten zu Ungarn bindet. Unter solchen Umständen – schreibt Ferdinándy – muss man weiter an die mit der hl. Krone zusammenhängenden öffentlich-rechtlichen Auffassung treu bleiben.³

*

Nach Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie verlor die Idee der hl. Krone ihre auch von Géza Ferdinándy betonte Existenzberechtigung. Trotzdem erlebte die Lehre der hl. Krone in der Horthy-Ära eine Nachblüte. Die durch den verlorenen Krieg, den Zerfall der Monarchie, durch die

blutig unterdrückte, aber dennoch drohende Proletarrevolution gegebenen Verhältnisse bestimmten den weiteren Weg der Lehre der hl. Krone. Dementsprechend änderte sich auch die Lehre in der Art und Weise ihrer Verwendung und auch in ihren Zielsetzungen. Die in den 1920-er Jahren erscheinende Staatsidee der hl. Krone kann nicht vollkommen mit der Lehre der hl. Krone, die sich vor der Räterepublik ausgebildet hatte, identifiziert werden, es kann nicht einfach von einer Fortsetzung, von einem Weiterleben die Rede sein, auch dann nicht, wenn diese Anschauungen mehrere formelle und inhaltliche Ähnlichkeiten aufweisen.

Eine Hauptbestrebung der Ideologen der Lehre der hl. Krone war eben der Nachweis der geradlinigen Identität, des unveränderten Weiterlebens – „nichts ist geschehen“ wollten sie beweisen. Die Räterepublik sei nur eine vergängliche Krankheit im Leben der Gesellschaft, wollten sie glaubhaft machen, wie auch die Lostrennung der einstigen Nationalitäten ein Übergangszustand sei. Demnach lebt die ungarische Nation in der hl. Krone in unveränderter Einheit und Harmonie weiter: es gibt keinen Bruch, keine Änderung. Sie wollten die alles bewegenden, die Klassenherrschaft in ihren Grundlagen erschütternden Ereignisse mit dem aus der Ideenwelt der hl. Krone hergestellten Schleier der „Rechtskontinuität“ und des „Konstitutionalismus“ verdecken.

Nach Niederwerfung der Proletardiktatur begann seitens der herrschenden Klassen ein weitgreifender ideologischer Kampf. Das hatten sie besonders nötig, da das ideelle Erbe der durch ausländische Übermacht blutig unterdrückten Räterepublik unvermindert in den Volksmassen lebendig war. Gegenüber dem berechtigten Hass gegen die volks- und landesverräterischen herrschenden Klassen musste eine Ideologie aufgewiesen werden, die geeignet ist, das zu verwischen, die Aufmerksamkeit abzulenken, Illusionen zu erwecken, zu wohlklingenden „allnationalen“ Zielen zu mobilisieren. Das gegenrevolutionäre Regime bildete eine weite Skala diesem Ziel entsprechender Ideologien aus. Dazu gehörte auch die Lehre der hl. Krone.

Die Restauration der alten Staatsorganisation und Rechtssystems erfolgte unter Betonung der Rechtskontinuität. Es wurde versucht der durch die Revolutionen geschaffenen Staatsform und Rechtssystem die „tausendjährige historische Verfassung“ gegenüberzustellen. Durch das Prinzip der Rechtskontinuität sollte die Gesetzmässigkeit, die geschichtliche Berechtigung der Gegenrevolution bewiesen werden. Durch Verkündung des Rechtstaates wollte man die grundlegende Funktion des Staates und Rechtes verschleiern, für die Volksmassen demokratisch, annehmbar gestalten.

Die Rechtskontinuität bedeutete auch das Weiterleben, bzw. Wiederbelebung der feudalen Reste in der Staatsorganisation und im Rechtssystem. Dementsprechend ist die Erscheinung der feudale Elemente umfassenden Ideologie der Lehre der hl. Krone selbstverständlich. Die herrschenden Klassen bekannten sich nach Niederwerfung der Räterepublik zu denselben Ansichten über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Klassenherrschaft, auf ideologischem Gebiet über deren Verschleierung, über die Verkündung der nationalen Einheit, der gemeinsamen nationalen Ziele. Dazu gehören auch der gegen die Nachbarvölker geschürte Hass, die Gebietsrevision, die Sowjetfeindlichkeit.

Hinsichtlich der Teilnahme an der Staatsgewalt entfaltete sich aber ein scharfer Kampf unter den einzelnen Schichten und der herrschenden Klassen

aus. Die zweite Linie der vor dem Weltkrieg und Revolutionen herrschenden Klassen begann einen scharfen Kampf zwecks Sicherung ihrer grösseren wirtschaftlichen und politischen Rolle. Eine Form des Machtkampfes offenbarte sich in der Frage der Staatsform bzw. in der Königsfrage. Dessen ideologische Projektion zeichnet sich klar in den Berufungen an die Lehre der hl. Krone auf, die alle verschiedene Ziele und Interessen ausdrücken. Die tatsächliche Wiederherstellung des Königtums hätte vor allem den Interessen der alten Machtgruppen gedient. Es ist natürlich, dass mit dieser Verwendung der Lehre der hl. Krone als erste die Anhänger dieser Ziele auftraten. Die unmittelbaren Wurzeln der Lehre der hl. Krone erwiesen sich in dieser Hinsicht stärker.

Die Interessen dieser Schichten wurden schon in November 1919 von Kálmán Molnár ausgedrückt, als er über die Lehre der hl. Krone, über deren Bedeutung in dem Sinn sprach, die mit widerspruchsfreier Strenge die restlose Wiederherstellung des Instituts des Königtums erfordert.⁴ Die Verkörperung der Einheit des ungarischen 20-Millionenstaates ist das auf der Lehre der hl. Krone aufgebaute Königtum – sagt Kálmán Molnár. Die Lehre der hl. Krone gibt das innerste Wesen der ungarischen Verfassung, das in folgenden öffentlich-rechtlichen Thesen ausgedrückt werden kann: „Die Quelle jedes Rechtes ist die Nation. Die Nation überträgt durch die Krönung die Souveränität auf den König, der König ist das Haupt der hl. Krone, die im Parlament versammelten Staatsbürger sind die Glieder der hl. Krone und die in der Gesetzgebung zusammenwirkenden Parlament und König bilden zusammen den vollen Körper der hl. Krone.“⁵ „Eine wunderbare Harmonie der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Freiheit wird auf den oben geschilderten Grundlagen verwirklicht“ – setzt Kálmán Molnár fort.⁶ Diese Grundformel sichert die gesunde Entwicklung, die Einheit und das harmonische innere Leben des Landes. Jede Abänderung oder Verstümmelung dieser Formel ist mit entsetzlicher Gefahr für das Land verbunden. Das ist nach Kálmán Molnár im Herbst 1918 erfolgt, als „der konzentrierte Angriff von Hasardeuren, die auf das grösste Nationalunglück ihre Karten setzten, die Krone beiseite geschoben hat“. Als Ergebnis ist das durch die „hl. Krone“ zusammengehaltene Reich auf ihre Bestandteile aufgelöst worden und „die zertrennten Glieder des Körpers der hl. Krone erwarten ohnmächtig vom Blutverlust den Tod- oder die Auferstehung.“⁷ Der Weg der Auferstehung ist aber die restlose Wiederherstellung des Königtums, die unveränderte Aufrechterhaltung der Grundformel der hl. Krone. Deshalb empfiehlt Kálmán Molnár der Nation: „Zögern wir nicht, schauen wir nicht nach vielen Seiten, sondern rufen wir mit donnernder Stimme, alle auf einmal: wir wollen ein christliches Ungarn, ein ungarisches Königreich, den mit der hl. Krone gekrönten König!“⁸

Aus den angeführten Zitaten geht die Bestrebung nach der Wiederherstellung des Königtums hervor, wozu er die Lehre der hl. Krone, die nach ihm das innere Wesen der ungarischen Verfassung gibt, als Argument benützt. Er fordert auf dieser Grundlage die restlose Verwirklichung der Rechtskontinuität, die Wiederherstellung des Königtums. Kálmán Molnár versucht seine Ansicht mit der Illusion eines ungarischen Staates von 20 Millionen Einwohnern zu betonen, als ob dessen Verwirklichung von der Lehre der hl. Krone, von der Funktionierung des Königtums abhängig wäre. Es ist jene Bestrebung klar zu beobachten, die für die Änderungen im Landesgebiet die Revolutionen verant-

wortlich machen will, um dadurch die Aufmerksamkeit von der Verantwortung der herrschenden Klassen abzulenken.

Ganz anfangs der 20-er Jahre kam die Frage der Regelung der obersten Staatsgewalt auf die Tagesordnung. Die Anhänger des Legitimus brachten ihre Argumente für die unveränderte Wiederherstellung des Königtums auch in der Person des Königs vor. Kálmán Molnár forderte anfangs Februar 1920 die Wiederherstellung der aus gekröntem König und auch aus Oberhaus bestehenden, den ganzen Körper der hl. Krone repräsentierenden Gesetzgebung. Seiner Ansicht nach ist das die Grundforderung der Rechtskontinuität, der einzige Weg der Lösung der Probleme. In der Hitze der Beweisführung geht er soweit, dass seiner Behauptung nach, entsprechend den „Rechtsgrundlage entbehrenden und rechtlich nichtigen“ Bestimmungen der von den Revolutionen gebrachten Volksgesetzen „hinsichtlich des „in strictum“ auch die Verordnungen unserer jetzigen Regierung vollkommen identisch zu beurteilen sind“.⁹ Es durfte dann keine Überraschung sein, als die Vorbereitung des obige Zeilen umfassenden Heftes in März 1920 nach Zusammentritt der Nationalversammlung „auf höhere Weisung“ verboten wurde.

Es ist ein leicht erkennbarer politischer Griff seitens von Kálmán Molnár, als er im Kleide der Unparteilichkeit und der strengen Wissenschaftlichkeit erklärt, dass er mit dem Anspruch der Rechtskontinuität nicht die Wiederherstellung der Herrschaft der Habsburger, nicht einmal die der Staatsform des Königtums beabsichtigt, sondern bloss die reine Rechtskontinuität, d. h. dass die alte Gesetzgebung, der König, Oberhaus und Unterhaus, der ganze Körper der hl. Krone zusammentrete und über das weitere Geschick des Landes entscheide. Diese Entscheidung wird auch dann rechtmässig sein – sagt er – wenn sie auch die Errichtung der Republik mit sich brächte. Es ist leicht einzusehen, dass die alten führenden Schichten mit dem König an der Spitze, wenn sie die Führung wieder in die Hände genommen hätten, keine Gesetze gegen ihre Herrschaft gebracht hätten.

Kálmán Molnár schreibt am 22. Februar 20, vier Tage vor der Diskussion des Gesetzentwurfes in der Nationalversammlung über „die Wiederherstellung der Verfassung und die provisorische Regelung der Ausübung der obersten Staatsgewalt“: Alles, was ohne Zustimmung der gesetzlichen Organe der ungarischen Gesetzgebung, des gekrönten Königs und der gesetzmässigen Landesversammlung zustande kommt, – aus welchem Grunde auch immer die Nichtbeachtung der rechtmässigen Tatsachen erfolgt –, das wird kein Recht sein. Die Beschlüsse der Nationalversammlung können kein Recht bilden“.¹⁰

Die grundlegenden Interessen der herrschenden Klassen waren – wie schon erwähnt – im Einklang. Die in der Ausübung der Macht jetzt vordringenden, die Neuaufteilung der Positionen verlangenden Schichten standen ebenfalls auf der prinzipiellen Grundlage der „Rechtskontinuität“, sie wollten die Restauration der Klassenherrschaft, den Traum des ungarischen Staates mit 20 Millionen Einwohnern verwirklichen. Auch sie verwandten zu diesem Zweck die dazu geeignete Idee der hl. Krone, mit dem Unterschied, dass sie die schon erwähnte „historische Elastizität“ ausnützten und entsprechend ihren unmittelbaren Zielen umformten. So erschwerten sie besonders die Position ihrer Gegner, da sie ja mit identischen ideologischen Waffen den Kampf führten.

Auf der Sitzung der Nationalversammlung am 26. Februar 1920 bewies Béla Thury bei der Vorlage des schon erwähnten Gesetzentwurfes über „die Wiederherstellung der Verfassung und die provisorische Regelung der Ausübung der obersten Staatsgewalt“ mit der Lehre der hl. Krone die Rechtmässigkeit der Nationalversammlung, die Verfassungsmässigkeit ihrer Gesetze. Er stellte in seiner Vorlage fest, dass „gemäss der Lehre der hl. Krone in der hl. Krone, die Quelle und Überträger jeder Gewalt ist, die Nation lebt. Die Krone ist primär die Verkörperung der Nation. Die sog. staatsrechtliche Theorie der hl. Krone ist eigentlich schon die Theorie jenes Rechtes der nationalen Staatsgewalt, das wir auch in den westlichen Staaten – auch England ist hierherzurechnen – vergebens suchen. Die hl. Krone ist der Ausdruck jener öffentlichen Gewalt, die in der Nation wurzelt und auch auf den König, auf die königliche Gewalt nur durch die Krone, durch die Krönung von der Nation übertragen wird . . . wenn nach der Rechtstheorie der hl. Krone die hl. Krone sämtliche Elemente der Staatsgewalt in sich vereint, so ist es doch klar, dass wenn die Funktion dieser Elemente, Faktoren, öffentlich-rechtlichen Organe aufhört, ein Recht der Nation ist für ihren Ersatz zu sorgen. Die Frage ist also nicht, wem das Recht zusteht, sondern in welcher Form die Nation dieses Recht ausübt“¹¹ Aus dem Gesagten wird klar, dass nach der Lehre der hl. Krone jedes Recht bei der Nation ist, deshalb sind alle Beschlüsse der einberufenen Nationalversammlung recht- und verfassungsmässig, weil sie auf der Rechtskontinuität der alten Verfassung begründet sind.

Dezső Ruppert sicherte den Vortragenden von seiner Zustimmung seitens der Agrarpartei. Auch nach ihm ist die „hl. Krone“ nicht einfach das Symbol der obersten Gewalt der Nation, sondern ihre wahrhafte Personifikation, ja sogar Verkörperung. Um eine Analogie anzuführen – setzte er fort – „ist unsere hl. Krone ähnlich der hl. Hostie, in der das Fleisch und Blut Christi wahrhaftig zugegen ist, obwohl es sich nur von einem kleinen weissen Flaum handelt“.¹²

Die Legitimisten waren wahrscheinlich überrascht, dass ihre eigenen Waffen gegen sie erhoben werden. Graf Gyula Andrássy konnte in der von den Horthy-Offizieren besetzten Nationalversammlung die Rechtmässigkeit der Gesetzgebung nicht bezweifeln, wie er es in einem Aufsatz über diesen Gegenstand dargelegt hatte. Dort stellte er nämlich fest, dass das Land einen rechtmässigen König, Karl IV., hat. „Dagegen ist die Ausrufung des Rechtes der freien Königswahl einfach eine revolutionäre Tatsache, eine nachträgliche Sanktionierung der Károlyi – Hock'schen Volksgesetze und der schändlichen Revolutionen. Es wäre ein Sieg des Geistes von Károlyi und Hock über die tausendjährige ungarische Verfassung“¹³. Auf der Sitzung der Nationalversammlung nimmt er aber mit Hinsicht auf die Zwangslage den Gesetzentwurf an. Dagegen protestiert er aber, dass ihre als eigen betrachtete Ideologie zwecks Rechtfertigung gegen sie ausgenützt werde. Wir dürfen uns nicht auf die hl. Krone berufen – sagte er – weil wir sonst die Sache übereilen. „Wir müssen besonders bei den historischen Schöpfungen, bei der historischen Verfassung beharren, weil diese ein Kettenglied jener moralischen Einheit ist, die unsere Feinde zugrunde richten wollen. Unterstützen wir nicht ihre Tätigkeit. Es war eben eine der grössten Fehler der Revolution, es erleichterte in höchstem Mass den Zerfall der einheitlichen Nation, die Tatsache, dass die goldenen Reifen der hl. Stephanskronen, als ob es nichts gewesen wäre, umgestossen

wurden und an ihre Stelle die moderne Bildung des „Nationalrates“ gestellt wurde. Mit gewissem Recht, zumindest mit dem Schein des Rechtes, konnten die Rumänen, die Sachsen behaupten, dass sie nicht zur Treue zum ungarischen Nationalrat verpflichtet sind, auch sie ihren sächsischen Nationalrat, ihren rumänischen Nationalrat aufstellen, da sie ja durch die Geschichte und das Gesetz nur zur Treue zur hl. Stephanskronen verpflichtet sind. Berühren wir also nicht so leicht diesen von der Geschichte gegebenen Schatz der Nation, denn ich befürchte, dass unser enge Verstand nicht zu ersetzen vermag, was wir niedergerissen haben“.¹⁴

Gyula Andrassy ist bestrebt, durch die Enteignung der Bedeutung der Krone für die Legitimisten ein politisches Kapital zu schmieden. Er will beweisen, dass sie allein geeignet sind die Geltung der Krone aufrechtzuerhalten, das hinsichtlich der Vereinigung des geschichtlichen Landesgebiets von entscheidender Bedeutung ist. Er vereint den Gedanken der Gebietsrevision mit der Idee der Krone und das Geltendwerden dieser Theorie macht er abhängig von der Verwirklichung der Bestrebungen des Legitimus.

Neben der Betonung der prinzipiellen Vorbehalte nahmen aber auch die Legitimisten mit Andrassy an der Spitze den genannten Gesetzentwurf an. Neben den Drohungen der äusseren und inneren Kräfte zwang sie auch die Angst vor der Schreckensgestalt der Revolution dazu.

Aufgrund dieses Gesetzes wurde zur „provisorischen Besorgung“ der Funktionen des Staatsoberhauptes ein Reichsverweser gewählt, dessen Rechte bezüglich der königlichen Gewalt eingehend umschrieben wurden. Im Interesse der „Rechtskontinuität“, womit die Revolutionen „verwischt“ werden sollten, sowie zur Aufrechterhaltung der „Rechtsgrundlage“ der Gebietsansprüche, wurde das Königstum als Staatsform des Landes erhalten. Diese Bestimmung sollte auch die legitimistischen Bestrebungen entwaffnen.

Eine eingehende Verfügung über das Gesetz ist in der Verordnung des ungarischen Ministeriums 2394/1920 ME enthalten. Demnach „hat zwar der Ges. Art. I: 1920 festgestellt, dass die Ausübung der königlichen Gewalt am 13. November 1918 aufhörte, hat aber die tausendjährige Staatsform Ungarns nicht geändert und weder die königliche Würde, noch die königliche Gewalt, als Rechtsinstitut beseitigt“. Auf diese Weise „bleibt bis entgegengesetzter Verfügung der Gesetzgebung die gesetzliche Staatsform Ungarns das Königtum“.¹⁵ Die Verordnung verfügt dementsprechend über die Benennung der staatlichen Behörden, Ämter, Institute mit dem Attribut „Königlich“, bzw. „königlich ungarisch“ und über den Gebrauch der Krone auf dem Staatswappen.

Die erwähnten Massnahmen, Verordnungen und Gesetze waren eine Grundlage dafür, dass in der öffentlich-rechtlichen Literatur die Lehre der hl. Krone in den Mittelpunkt gestellt wurde. Das ist umso mehr verständlich, da diese Bestimmungen infolge ihrer Widersprüche zahlreiche unbeantwortete Fragen offenliessen. Es ist charakteristisch für die damalige Literatur – und dadurch unterscheidet sie sich von der vorangehenden –, dass sie vor allem und fast ausschliesslich im Dienste der gegebenen, beinahe tagespolitischen Ziele, der Machtvorstellungen und Kämpfe innerhalb der herrschenden Klassen auftrat, bei der die verwandten geschichtlichen „Daten“ das Niveau der einfachen tendenziösen Illustration nicht überschritten.

Die bedingungslosen Anhänger von Horthy empfanden für ihre Pflicht den Beweis der Rechtmässigkeit der Nationalversammlung. Sie haben eine geschichtliche Grundlage gesucht und sie in der Lehre der hl. Krone gefunden. Nach István Csekey ist im Sinne der im Tripartitum, P. I. c. 3. §. 6. sowie P. II. c. 3 §. 2. von Werbőczy zum Ausdruck gebrachten Theorie der hl. Krone im Staat ohne Oberhaupt die Nationalversammlung die ausschliessliche Quelle jeder Gewalt. So gelangte die Nationalversammlung in Besitz der vollen Staatsgewalt zu einer beinahe unbeschränkten, absoluten Gewalt. Die Nationalversammlung teilte dann diese Gewalt als Verbindungsglied zwischen der verfassungsmässigen Vergangenheit und der Zukunft zwischen sich und dem Reichsverweser¹⁶. Die ungarische Staatsform änderte sich also nicht, die Verfassung wurde wiederhergestellt und es blieb das Königtum.

Csekey weist dann in der Lehre der hl. Krone eine ideologische Grundlage zur Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers aus. Die Nationalversammlung hat ihr Werk nicht vollendet – sagt er – denn „sie hat, anstatt der Aufteilung der Staatsgewalt aufgrund der Theorie der hl. Krone zwischen dem Haupt und den Gliedern der Nation, einen bedeutenden Teil der Rechte, die dem Staatsoberhaupt zukommen, für sich behalten und hat dadurch einen besonderen, fast republikanischen Geist der Souveränität in die ungarische Verfassung hineingeschmuggelt“¹⁷.

Damit begann die ideologische Unterstützung der Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers, die Berufung auf das Prinzip der unverminderten Geltung der Lehre der hl. Krone. Danach ist in der Gesetzgebung eine ständige Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers zu beobachten, soweit dass Horthy in gewissen Beziehungen über Rechte verfügte, die sogar die königlichen überschritten.

Ödön Pollner nennt in der Diskussion mit den Legitimisten das ungarisch – österreichische Verhältnis, das seit dem Beginn des XVI. Jahrhunderts bestand, verhängnisvoll. Nach ihm wurde die Entwicklung der Verfassung, die sich in der Lehre der hl. Krone offenbart, nach dem Fall des ungarischen nationalen Königtums durch das fremde Königtum dadurch abgelenkt, dass es „die Einheit des Herrschers und der Nation, ihre Verschmelzung in einem gemeinsamen Ziel störte, dass es als Grundlage und Ziel des Staates immer mehr die dynastischen Interessen und Gesichtspunkte betrachtete; dass die Herrscher Gewalt durch seine ausländische Gewalt die Oberhand gewann, die nicht einmal unsere neueste Rechtsentwicklung beseitigen konnte; dass mit der dynastischen Gewalt auch der Einfluss und die Rolle des dynastischen Militärs stark erhöht wurde. Das sind Zustände, die mit den Forderungen der neuen Zeit im Gegensatz stehen und deren Rückkehr nicht nur von der Machtgruppe der Entente verhindert werden will, sondern deren Wiederherstellung sicherlich auch von keinem ausschlaggebenden Faktor des öffentlichen Lebens in Ungarn gewünscht wird“¹⁸.

Károly Kmety gab jener Ansicht Ausdruck, dass das Mysterium der Krönung im Willen der Nation liegt. „Unbedingte Gewalt gab es und gibt es in Ungarn nur eine und das ist die souveräne Gewalt der Nation ...“ Seiner Ansicht nach kann Karl IV. nicht König von Ungarn sein. Er beruft sich auf die Gesetze von 1723, die den gemeinsamen Besitz der Erbländer und Ungarns dafür den ungarischen König vorschreiben. Das österreichische Kaiserreich ist zerfallen,

deshalb haben die Habsburger ihr Erbrecht auch bezüglich Ungarns verloren. So fiel jedes Recht auf die Nation zurück.¹⁹

Diese Ansichten begünstigten in erster Reihe die um neue Machtpositionen kämpfenden Gruppen der herrschenden Klassen. Für sie hätte die Wiederherstellung des Habsburger-Königtums die volle Restauration der alten Machtgruppierungen bedeutet, deshalb waren sie mit allen Mitteln dagegen. Sie betrachteten sich als „Nation“ und forderten unter Berufung auf die Lehre der hl. Krone jede Gewalt für die Nation, oder praktischer die Nationalversammlung, ihre Nationalversammlung. Sie betrachteten sich als das Volk Werbőczy's, das die Last der Geschichte immer selber trug und daher Recht hat, über das weitere Schicksal des Landes zu entscheiden. Sie berufen sich in erster Reihe auf die Urkunde von 1440, die jede Gewalt und jedes Mysterium der Krone vom Willen der Landesbewohner, der Nation abhängig macht. Werbőczy wird zitiert, um jedes landesformende Recht für sich zu fordern. So werden die Ansichten bezüglich der hl. Krone als ideologische Quelle ihrer eigenen politischen Bestrebungen verwandt.

Dagegen hielten sich die Legitimisten für die wahren Verkünder der Lehre der hl. Krone. Sie nahmen die Bewahrung der Unversehrtheit der geschichtlichen Verfassung auf sich. Die so erhaltene Idee der hl. Krone ist — ihrer Ansicht nach — die grundlegende Garantie ihrer Forderungen. Das unverminderte Weiterleben der Lehre der hl. Krone fordert die Sicherung der Rechte „des legitimen Königs“, die Ermöglichung seiner Herrschaft. Demnach gründete die Krönung zwischen dem König und der Nation eine unlösbare Verbindung, die nur durch eine Revolution aufgelöst werden kann. „Der einmal gesetzmässig gekrönt wurde, der ist souveräner König des Landes, der durch gesetzliche Mittel seines Thrones nicht beraubt werden kann, einzig nur auf revolutionärem Wege“ — sagt Géza Ferdinándy in seinem Werk von 1920.²⁰ Daraus folgt klar, — setzt er fort — dass Karl IV. der König ist und wenn er auf die Herrschaft verzichtet, so folgen ihm seine Erben in der Herrschaft.

Ähnlich äussert sich auch Kálmán Molnár, nach dem „das Recht der freien Königswahl der Nation seit dem Blutvertrag auf die Familienmitglieder des einmal schon gewählten Herrschers beschränkt war“.²¹ Bezeichnenderweise beruft er sich gegenüber der Berufungsstelle der freien Königswähler von 1440, auf die Gesetzgebung von 1453, wo die gesetzmässige Herrschaft von Wladislaw gelehrt wurde. Dem historischen Beweggrund kam diese Rolle in den Werken der Verkünder in der letzten Zeit der Lehre der hl. Krone zu.

Aus dem Gesagten geht noch hervor, dass die Legitimisten gegenüber ihren Gegnern durch Aufbeschwörung der Revolution Vorteile zu erreichen trachteten. Sie verwandten als ein wichtiges Argument, als Triumph, die Verkündung der Politik der Bestrebung einer Grenzrevision als in erster Reihe ihre eigene Politik. Den Grundton gab noch Ákos Timon im Vorwort seines Werkes, publiziert in 1920, wo er pathetisch verkündet: „Die infolge des Weltkrieges und Bolschewismus zerstückelte ungarische Nation sieht im Mysterium der personifizierten hl. Krone jene grosse mystische Kraft, jenen gewaltigen historischen Faktor, der die Staatseinheit der Völker und Gebiete, die zur hl. Krone gehören, — wenn auch durch schwere Kämpfe — wiederherstellen wird“.²²

Nach Timon betonten die Legitimisten die Forderung der Totalität der hl. Krone, die geschichtliche Einheit des seine Funktion ausübenden Königs und der Nation, die die Grundlage der Wiederherstellung der historischen Grenzen bildet. Die schon erwähnten Worte von Gyula Andrássy zeigen auch klar diese Bestrebung.

Die Legitimisten verzichteten auch nach den erfolglosen Königsputschen und der Entthronung des Habsburg-Hauses nicht auf ihren Kampf. Sie setzten ihre Bestrebungen fort, indem sie den Anspruch einer Grenzrevision in den Vordergrund stellten. Die Partei der Christlich-Nationalen Union, die die extremen legitimistischen Kreise umfasste, löste sich nach dem Misserfolg der Versuche einer Habsburg-Restauration und dem Tode Karls auf Gruppen. Einen brauchbaren Organisationsrahmen ihrer Bestrebungen bildeten später die von der hl. Krone benannten Vereinigungen.²³

Am 8. Februar 1931 wurde in Pécs der hl. Kronen Verband der Ungarischen Frauen gegründet. Der Verband wurde im Zeichen des Legitimus gebildet, ein Hauptmittel seiner Agitation war die Bestrebung der Revision. Das geht klar aus den Reden der Gründungssitzung hervor. Graf János Zichy setzt in seiner festlichen Eröffnungsrede das Wachhalten und die Propagierung des Gedankens des Legitimus zum Ziele des Verbandes. Er verbindet den Legitimus mit der Gebietsrevision, enteignet die Revision, als er darüber spricht, dass „wer . . . über das Gesetz der Detronisation spricht, tut dasselbe, als ob er auch gegen die Revision wäre“. Ähnliche Gedanken sind auch in der Rede von Gusztáv Gratz enthalten: „Die legitime Lösung ist die beste Lösung für die Nation. In erster Reihe deshalb, weil alle anderen Lösungen Parteikämpfe, Streite, Bürgerkrieg zur Folge hätten, andererseits weil jene Kräfte und Stützpunkte aufzufinden sind, die uns in den abgetrennten Landesteilen mit denen verbinden, von denen wir getrennt sind. Diese Kraft ist die Dynastie, weil der verstorbene König Karl allein der Vater aller Nationalitäten war“²⁴. Auch Kálmán Molnár begrüßt den hl. Kronen-Verband der Ungarischen Frauen. In seinem zu dieser Gelegenheit verfassten Artikel betont er wieder die von ihm für ausserordentlich gehaltene Bedeutung der Lehre der hl. Krone²⁵. Er stellt wieder die Einheit des Königs und der Nation in den Mittelpunkt seiner Erörterungen. Er hebt hervor, dass die Lehre der hl. Krone das Fehlen der Person des Königs nicht zulässt. Dann führt er seine Argumente vor, die die lebenswichtige Notwendigkeit der unverminderten Erhaltung der Idee der hl. Krone ergeben. Die Hauptgefahr droht von Osten: „Der Himmel Osteuropas ist heute rot von den Fackeln der Brandstifter der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“ — sagt Kálmán Molnár. In den folgenden Zeilen beschimpft er unqualifizierbar den Sowjetstaat. Dann zitiert er Kuno Klebelsberg und zeichnet das durch die Gefahr gegebene Problem auf: „Wie können die Regierungen, die Nationen und die Einzelnen gegenüber jener revolutionären Bestrebung der III. Internationale beschützen, dass das Individuum von seinem Eigentum getrennt werde“. Er gibt ein Beispiel für die Lösung. „Wir leben in Zeiten, als das praktische römische Volk mit Diktatorgewalt die Konsulen bekleidete und als einzige Richtlinie jene Weisung gab, dass das sinkende Schiff des Staates gerettet werde!“ Nach Kálmán Molnár müsste das vor Augen behalten werden. Die in der Wirtschaftskrise verschärften Gegensätze lassen Molnár sagen: „Wir müssen fühlen, dass die Zukunft

uns vor Aufgaben stellt, die das letzte Anspannen unserer Kräfte erfordern“. In dieser Lage zeigt uns die weise Wegweisung der Lehre der hl. Krone die wahre Richtung, sie kann uns gegen die Übergriffe der Volksherrschaft beschützen“.

Das übliche und „wichtige“ Argument fehlt auch bei Molnár nicht: Die Lehre der hl. Krone „schöpft ihre Kraftquellen durch ihre in die Vergangenheit zurückgreifenden Wurzeln aus dem Boden des unverstümmelten Ungarns, aus der Bitterkeit und dem Wunsch von Millionen unserer losgetrennten Brüder: das ist das Ziel, wonach der Ideenkreis der hl. Krone mit erschütternder lauter Stimme ruft“. Der Verfasser beeilt sich hinzuzufügen, dass seine politische Konzeption die derzeitige „provisorische Rechtsordnung und deren hervorragende Vertreter und Organe“ respektiert, die in den tragischsten Zeiten sich „neben das ohne Stuermann stehende Steuer des sinkenden Schiffes des Staates“ stellten. Doch trotz jeder würdigen Anerkennung und pflichtgemässen Respekt erwarten wir gespannt und bekümmert die Rückkehr in das doch mehr Sicherheit gewährende Gebäude der traditionellen Verfassung; wir erwarten die Ergänzung unserer Verstümmelung sowohl hinsichtlich des Gebiets, wie auch der Organisation. Wir erwarten in dem grossen Augenblick innerhalb der verstümmelten Grenzen alle jene, die die ungarische Zukunft auf der Vergangenheit weiterbauen wollen und auch unsere unter fremdes Joch unterworfenen Brüder, deren Jammer über die Grenzen ertönt und deren brennende Augen auf die hl. Krone gerichtet mit Hoffnung auf die Vollkommenheit der Zeiten vorausschauen“.

Die an der Macht teilhabenden Gruppen der herrschenden Klassen stimmten mit den sowjetfeindlichen, antikommunistischen Bestrebungen, mit den in der Mystik der hl. Krone eingehüllten, die Revision verkündenden Losungen der Legitimisten überein, nur darin stimmten sie mit ihnen nicht überein, dass sie diese Ideen enteigneten. Eben deshalb führten sie einen heftigen Kampf in der Maske der Wissenschaftlichkeit um das „Eigentumsrecht“ der Lehre der hl. Krone und um die damit verbundenen Thesen. Gewissermassen beleuchtet dies gut das Niveau des ideellpolitischen Lebens der Horthy-Ära.

Gegenüber den Ansichten von Kálmán Molnár führt Vilmos Szontagh seine Argumente vor. Nach ihm „beruht die Lehre der hl. Krone nicht auf dem verletzenden Primat der Person des Königs, wodurch die Staatsbürger auch in ihrer Gesamtheit in die zweite Reihe degradiert werden, nicht auf seiner Unentbehrlichkeit, als Lehrsatz, wie auch nur die Krone und der König als identisch erscheinen mögen, sondern auf dem Primat der ein *conditio per quam*-artiges Substrat des Staates bildenden Bevölkerung“. Er wirft Molnár vor, dass bei ihm „die als rechtswissenschaftlich vorgetragene Theorie in Wirklichkeit eine politische Theorie ist.“²⁶ Dagegen erklärt er: „Wenn also die Legitimisten Otto v. Habsburg als Erbkönig betrachten, so widersetzen sie sich dadurch offen und leidenschaftlich der heute geltenden Rechtsordnung und es hängt von den heutigen Besitzern der Rechtsgewalt ab, ob sie diesen Angriff zurückweisen können, wobei und als Ergebnis notwendigerweise die Bestimmungen des ungarischen Strafgesetzbuches zur Anwendung kommen.“²⁷

Ödön Pollner beruft sich auf Werbőczy, wobei er beweisen will, dass der Begriff der hl. Krone weder mit dem Legitimus, noch mit der Erbfolge im Zusammenhang steht. Er spricht entrüstet darüber, dass „... neuestens von

der hl. Krone benannte Verbände die legitimistische Propaganda zu ihrem Hauptziel machten ... als ob die legitimistische Restauration aus dem Begriff, der Idee der Krone aus der sog. Lehre der hl. Krone folgte“. Das verhält sich aber gar nicht so. „Im Gegenteil, aus der Lehre folgt die freie Königswahl“ – sagt Ödön Pollner. Er widerlegt jenes Argument der Legitimisten, wonach „ein wichtigstes oder gar alleiniges Mittel der Wiederherstellung der Landesintegrität die Zurückrufung und Krönung des Erbkönigs“ wäre. Nach ihm verliert diese These die Möglichkeit der Königswahl aus den Augen, das sich aus der Idee der hl. Krone ergibt. Wenn die Krönung und zwar die Krönung mit der ungarischen sog. hl. Krone eine Anzugskraft besitzt, so ist diese Kraft auch dann vorhanden, wenn nicht A als Erbkönig, sondern B als gewählter König gekrönt wird. Und wenn „die hl. Krone“ das Symbol der Einheit des ungarischen Reiches ist, so kann dieses Symbol auch bei freier Königswahl erhalten bleiben, und zwar umso mehr, als bei der Wahl eines Erbkönigs, dessen erbrechtlich gekrönte Ahnen und Vorfahren die Integrität des Gebiets der hl. Krone wiederholt verletzt und so den Weg zur Zergliederung im Frieden von Trianon wiesen“. ²⁸ Nach dem Gesagten sind also die Anhänger der freien Königswahl die wahren Vertreter der Revision, während die Legitimisten den falschen Weg gehen.

Für die Lehre der hl. Krone wurden auch demonstrative Massnahmen des offiziellen Ungarns getroffen, wie z. B. Ges. Art. XXXIV : 1930, der besagt, dass; „die staatlichen Gerichte üben die richterliche Gewalt im Namen der hl. Krone aus“. Gegenüber dem schärferen Klassenkampf schmieden die herrschenden Klassen neben den grausamen Vergeltungen auch ideologische Waffen. Die im Laufe der erhöhten Terrormassnahmen verhafteten Arbeiter werden seitdem im Namen der hl. Krone verurteilt. Gegenüber den berechtigten Forderungen der Unterdrückten und der Hungernden wird das „historische Recht“ betont. Alldies diene auch zur Täuschung der kleinbürgerlichen und der nicht klassenbewussten arbeitenden Massen.

Die neue demonstrative Betonung der Lehre der hl. Krone diene auch der weiteren Anfachung der Revisionsziele und wollte nicht zuletzt auch den Legitimisten den Halt nehmen.

*

In der zweiten Hälfte der 1930-er Jahre wurde die Lehre der hl. Krone zur Unterstützung der weiteren Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers und zum Nachweis der Rechtmässigkeit des Gesetzes in den Vordergrund des Interesses gestellt.

Auch die weiteren Schritte des Faschisierung des Landes erhöhten das Interesse gegenüber der Lehre. Ein wichtiger Faktor der Ideenströmungen des Faschismus ist die Betonung der Rolle des Staates über alles. „In diesem Staat wird der kleine Angestellte gleich mit dem Bankier und dem Grosskapitalisten; der Offizier und der Advokat stehen auf derselben Stufe der Gesellschaft, wie die Millionäre, und der Kleinhandwerker am Land steht auf demselben Niveau, wie der absolute Herr des Dorfes, der Grossgrundbesitzer ...“. ²⁹ Dieser Staat muss also „über den Klassen“ stehen, wobei der Klassenkampf abgeschafft und das harmonische Zusammenwirken der Produzenten gesichert wird. Die Idee der hl. Krone entsprach auch diesen Ansprüchen. Die hl. Krone ist die

Verkörperung des Staates, ist der Staat selbst, die mit ihren tausendjährigen historischen Wurzeln das Leben des ungarischen Volkes vollkommen umspannt. Es gibt kein Gebiet der Gesellschaft, des Rechtes, sogar des Wirtschaftslebens, das sich dem Bannkreis der hl. Krone entziehen könnte. So ist der Staat überall zugegen und dieser Staat kennt keine Klassen. In der Mitgliedschaft der hl. Krone verschmilzt die Nation zu einem einzigen Körper. Jeder Staatsbürger des Landes nimmt einen vollkommen identischen Platz ein und da alle Glieder des Körpers der hl. Krone sind, hört unter ihnen jeder Unterschied auf. Ihre Aufgabe ist die organische Zusammenarbeit im Interesse der unge störten Funktionierung der hl. Krone.

Der Ideenkreis schloss nicht aus, er förderte eher, dass in Ungarn der Faschismus in seinem Inhalt widersprechenden Formen im Interesse propagandistischer Ziele in demokratischen Formen auftrat. Die Konzeption des mit der tausendjährigen hl. Kronen-Idee „gerechtfertigten“ Rechtsstaates wies konstitutionelle Formen auf; sie verkündete die Teilnahme der ganzen Nation an der Gesetzgebung, wobei die Möglichkeit der diktatorischen absoluten Gewalt ausgeschlossen wurde. Mit demselben Gedankenkreis wurde aber auch die Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers gerechtfertigt, andererseits störte diese Idee nicht, sie verhüllte bloss das Regieren mit Verordnungen, die entschiedene Übermacht der Exekutivgewalt über die demokratisch gefärbte Gesetzgebung.

Mit dieser Konzeption ist die Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers verbunden, das eine weitere Erstärkung der Exekutivgewalt, darin der persönlichen Gewalt des Staatsoberhauptes bedeutete, wobei es einen weiteren Weg den faschistischen Führungsmethoden in der Staatsgewalt eröffnete. Das Ansteigen der Kriegsstimmung, die Erhöhung des deutschen Einflusses fördern diesen Weg. Zugleich wollte man durch Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers auch einen Damm gegen die extremen faschistischen Kräfte (z. B. Pfeilkreuzler usw.) erheben.

Bei der Rechtfertigung der Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers beriefen sich viele auf das geplante geheime Wahlrecht. Nach dieser Anschauung ist die Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers dadurch notwendig geworden. Man berief sich auf die Sicherung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. „Wenn Ungarn auf dem Boden des Parlamentarismus beharrt – lesen wir bei István Csekey – so kann es nicht mehr der Einführung des allgemeinen geheimen Wahlrechtes ausweichen. Das würde aber das Zuregelungskommen einer eventuell extremen Parteiherrschaft ermöglichen. Es sind also Garantien erforderlich, wodurch die Brandung der parlamentarischen Parteiherrschaft am Willen des Staatsoberhauptes gebrochen werden kann.“³⁰ Das bekannte Wahlgesetz von 1938 kann mit bestem Willen nicht als ein allgemeines bezeichnet werden. Die Zahl der Wahlberechtigten fiel von den bisherigen 30% auf 26% durch Einführung von strengen Vermögens-, sozialen und darauf begründeten kulturellen Einschränkungen. Das war der Preis des geheimen Wahlrechtes. In Angst vor den „extremen“ Einflüssen wurde sogar die Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers als eine Garantie betrachtet.

Darüber hinaus wurden auch andere politische Bedenken angeführt, die für das Erstärken der Reichsverwesergewalt sprachen. Im Argument von

István Csekey sind kriegerische Ziele verborgen, wonach „unser verstümmeltes Land mit seinen ungeschützten Grenzen die energische und unbeschränkte Staatsoberhauptgewalt erfordert“.³¹ Eine Studie von István Egyed im Zusammenhang mit dem Gegenstand weist auf die erhöhte Wirkung und Einfluss des deutschen Faschismus hin: „Das Umsichgreifen der autoritären Regierungen in den benachbarten und Freundsstaaten spornte die öffentliche Meinung zur Ausdehnung der Rechte des Staatsoberhauptes in Ungarn an“.³²

Diese Argumente werden von den Verfassern nur beiläufig erwähnt, um ihre Bedeutung bewusst zu verringern. Sie „finden“ die wahren Gründe in der politikfreien, reinen und „parteilosen“ Wissenschaft. „Die Pflicht der Wissenschaft besteht nur darin – schreibt Vilmos Szontagh –, dass sie die Wahrheit feststellt und mitteilt. Dieser Pflicht wollten wir nur genüge leisten“.³³ Die wissenschaftlichen Argumente wurden von der Lehre der hl. Krone geliefert. Die Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers wird demnach durch die in der Lehre der hl. Krone wurzelnde, daraus sich notwendigerweise ergebende, im Geist des ungarischen Volkes lebende Auffassung erfordert.

„Aus der Lehre der hl. Krone folgt es logisch, dass die Rechte des Reichsverwesers modifiziert werden müssen“.³⁴ sagt Vilmos Szontagh. Das bedeutet bei ihm die Ausdehnung der Rechte. Er schreibt: „Die Rechte des Königs müssen mit den Rechten des Reichsverwesers identifiziert werden, das ist der prinzipielle Standpunkt, der aus der Lehre der hl. Krone folgt“.³⁵ Nach Szontagh lebt und existiert die Lehre der hl. Krone auch im „verstümmelten“ Land. Es ist die Aufgabe des ungarischen Volkes für die unverminderte Aufrechterhaltung dieser „grossartigen Lehre“ zu sorgen. Deshalb ist die Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers notwendig, da die nicht Vollwertigkeit des Staatsorgans der Monarchie „das monarchische Gefühl verkümmern lässt und dessen Verkümmern lässt auch die Lehre der hl. Krone verkümmern, weil sie dazu zwingt, dass wir uns in unserem Geist und Empfindung mit dem Gedanken befreunden, dass die Lehre der hl. Krone eine überholte und beseitigende Verfassungsformvorstellung ist“.³⁶

Die Verkünder dieser Anschauungen forderten nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers³⁷ unter Berufung auf die Lehre der hl. Krone sofort weitere Schritte, damit „die Nation und der König, bzw. dessen Stellvertreter ohne jedes Störmoment in den Grenzen der Theorie der hl. Krone ihr mystisches Zusammenleben fortführen können“, das nur dadurch zu erreichen ist, „wenn die Hoheitsrechte voll und ganz zur Geltung kommen“.³⁸

Die Interessengegensätze innerhalb der herrschenden Klassen erschienen auch in der Frage der Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers. Die Legitimisten oder deren Nachfolger protestierten gegen die Ausdehnung der Rechte, worin sie die Endgültigkeit der Reichsverweserwürde, eine weitere Schwächung der Möglichkeit einer eventuellen Restauration des Königtums sahen. Auch sie stützten sich auf „wissenschaftliche“ Argumente. Auch dort beruft man sich auf die Lehre der hl. Krone. In ihrer Auffassung beweist die Lehre natürlich ihr Recht. „Die hl. Krone verbietet – schreibt Graf János Zichy, Präsident der Vereinten Christlichen Partei – dass das provisorische Staatsoberhaupt mit Prärogativen bekleidet wird, die nur dem geborenen und gekrönten König zustehen . . .“.³⁹ „Wir müssen an der Lehre der hl. Krone festhalten, weil es sich

bei uns nicht darum handelt, dass wir eine monarchische Staatsform wollen, sondern es ist auch weiter notwendig, dass die Nation und der König in der hl. Krone ihr mystisches Gemeinleben fortsetzen“.⁴⁰ Nach ihm ist unser tausend-jähriges Staatsleben und auch unser weiteres Geschick darauf begründet.

Als wichtigstes Argument der Notwendigkeit der Person des Königs wird die bessere Möglichkeit der Gebietsrevision angeführt, auch noch in den 30-er Jahren. Darüber spricht József Bölöny: „Jede Entscheidung der verstümmelten Nation über unsere Verfassung – sagt er in einem Aufsatz – bedeutet die freiwillige Anerkennung der Verstümmelung, die konstitutionell qualifizierte Trennung der bloss Rechtlichen“. Dagegen – setzt József Bölöny fort – „hinter dem legitimen König und dem Oberhaus steht auch weiterhin unverändert das Gebiet der Länder der hl. Krone, bloss das Unterhaus wäre nicht vollständig, bis die besetzten Gebiete nicht ihre Vertreter senden“.⁴¹

Die Vertreter dieser Ansicht kritisierten das Gesetz über die Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers auch nach seinem Erscheinen. Nach ihnen lässt das Gesetz den Weg für das Prinzip der Volkssouveränität frei, das mit der Lehre der hl. Krone in geradem Gegensatz steht. Ihrer Ansicht nach übertrug die Nation seinerzeit „ein für allemal“ die Staatsgewalt auf die hl. Krone, von diesem Zeitpunkt an können der König und die Nation in der Krone vereint nur gemeinsam Gesetze bringen. Der Mangel des Königs verletzt diese Anschauung, und dessen Legitimation ist die Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers.

Über das Gesetz der Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers wurde im Parlament keine Debatte zugelassen, da das Einbeziehen „der durchlauchten Person des Reichsverwesers das höhere ungarische ethische Gefühl verletzt hätte“. So spricht ein bedingungsloser Anhänger Horthy's, András Téglássy; nach ihm „wurde die wichtige Neuregelung der Rechte des Reichsverwesers in der heutigen sehr verschärften aussenpolitischen Situation zur Freude jedes ernstdenkenden Patriots mit imposanter und beruhigender Einstimmigkeit und ohne Streit in der Gesetzgebung abgetan“, so ist das ein Beweis „... des Niveaus des ungarischen politischen Lebens, das auf einer höheren ethischen Basis steht und sich über die Tagesfragen zu erheben imstande ist“.⁴²

Der königstreue József Bölöny äussert sich anders darüber: „es können hinsichtlich der Existenzberechtigung des Parlamentarismus durch das Aufrechterhalten einer Praxis Bedenken entstehen, die keine Möglichkeit sichert, dass ein Mitglied der gesetzgebenden Versammlung auf die Fehler eines Gesetzentwurfes hinweisen könne“ „es kann der Glauben an der Autorität der obersten Staatsgewalt, an der Kraft der Gesetze und am Ernst der Gesetzgebung durch die Einführung einer Gesetzgebungspraxis in den Grundlagen erschüttert werden, wobei z. B. der Vortragende der Entwürfe im Oberhaus davon absehen muss einen Abänderungsantrag zu stellen, ein Mitglied des Oberhauses gezwungen ist, sich mit dem Entwurf in einem besonderen Aufsatz nach Inkrafttreten des Gesetzes zu befassen, weil er keine Gelegenheit hatte im Oberhaus zu reden“⁴³

Gegenüber der Betonung der ethischen Höhe stellt dieses Zitat – ob es will oder nicht – den falschen Parlamentarismus des Horthy-Regimes ins Reflektorlicht.

In den Diskussionen über die Ausdehnung der Gewalt des Reichsverwesers und die damit verbundene Königsfrage nahm auch Miklós Horthy Stellung. Seine Ansicht teilte er in einer offiziellen Ansprache in Szolnok am 20. Dezember 1937 mit. Seiner Ansicht nach ist das Institut des Königtums aufrechtzuerhalten, weil es mit dem Leben der Nation verschmolzen ist. Die diesbezüglichen unerledigten Probleme werden von den berufenen Organen der Nation in einem geeigneten Zeitpunkt entschieden. Dieser Zeitpunkt wird nicht näher bestimmt. Jedenfalls beruhigt er das Volk: „Jede Gewalt gehört der hl. Krone, jedes Recht entspringt aus ihr. In dieser Auffassung können wir uns alle vereinen, die unsere historische Vergangenheit nicht leugnen. Es gibt also keinen Grund zur Unruhe“.⁴⁴

Die Demagogie der hl. Krone konnte zur Schlichtung jedes Gegensatzes verwandt werden. Deshalb hielten besonders die herrschenden Klassen an der „historischen Ideologie“ fest.

Im Jahr 1938 ergab sich eine Möglichkeit die Propaganda im Zusammenhang mit der Lehre weiter auszudehnen. Die 900. Jahreswende des Todes von König Stephan wurde im Zeichen der Staatsidee hl. Stephans gefeiert. Als ein demonstrativer Akt wurden in Ges. Art. XXXIII: 1938, „die Verdienste des Königs hl. Stephan verewigt“ Auch der Zufall durfte dazu beitragen, dass der nächste Ges. Art. XXXIV: 1938 über „die zur hl. Krone rückgegliederten nordungarischen Gebiete“ spricht, deren Vereinigung mit dem Land verordnet. Die Reihenfolge ist zufällig, aber die unhistorische Berufung auf hl. Stephan⁴⁵, die Verkündung des Reichsgedankens, die Forderung der Gebietsrevision und die Hetze gegen die Nachbarstaaten führt zur Annahme der ersten Wiener Entscheidung, das zugleich eine endgültige Verpflichtung an der Seite des deutschen und italienischen Faschismus bedeutete. Dieser Weg führte gerade und mündete in der Tragödie des II. Weltkrieges.

Anmerkungen

¹ Hajnik, I.: Egyetemes európai jogtörténet (Allgemeine europäische Rechtsgeschichte) Budapest, 1875. p. 209.

² Ferdinándy, G.: A szent korona (Die hl. Krone) Budapesti Szemle 1917. CDLXXXII.

³ Ferdinándy, G.: op. cit. p. 195.

⁴ Molnár, K.: Az államforma (Die Staatsform) Egri Népszerűség, 191. Nov. 1. Összegyűjtött kisebb tanulmányai és cikkei, Budapest, 1932. p. 87.

⁵ op. cit. p. 88.

⁶ op. cit. p. 88.

⁷ op. cit. p. 88.

⁸ op. cit. p. 89.

⁹ A jogfolytonosság követelményei és a kibontakozás útja (Forderungen der Rechtskontinuität und der Weg der Lösung) Eger, 1920. Febr. op. cit. p. 51.

¹⁰ A jog nem alkuszik (Das Recht handelt nicht) Egri Népszerűség, 1920. II. 22. op. cit. p. 97.

¹¹ A nemzetgyűlés VI. ülése (VI. Sitzung der Nationalversammlung) 1920. II. 26.

¹² op. cit.

¹³ Andrássy, Gy.: A királykérdés jogi szempontból (Die Königsfrage aus juristischem Gesichtspunkt) Budapest, 1920. p. 20.

¹⁴ A nemzetgyűlés VII. ülése (VII. Sitzung der Nationalversammlung) 1920. II. 27.

¹⁵ Budapesti Közlöny 1920. III. 21. 67. Nr.

¹⁶ Csekey, L.: A kormányzó és jogköre (Der Reichsverweser und seine Rechte) Magyar Jogi Szemle 1920. I. 5. Nr.

¹⁷ Csekey, L.: op. cit. p. 259.

¹⁸ Pollner, Ö.: Az új idők közjogi követelményei és régi alkotmányunk (Staatsrechtliche Forderungen der neuen Zeit und unsere alte Verfassung) Magyar Jogi Szemle 1920. I. Nr. 2. p. 68.

¹⁹ Kmety, K.: A királyválasztás joga (Recht der Königswahl) Magyar Jogi Szemle, 1920. I. und Véleményem a királykérdésben (Meine Ansicht in der Königsfrage) Budapest 1921. p. 13. und 14.

²⁰ Ferdinándy, G.: A királyválasztás joga (Recht der Königswahl) Budapest, 1920. p. 18.

²¹ Molnár, K.: A boldogulás előfeltétele (Vorbedingung des Fortkommens) Egri Népjóság 1920. Dez. 11. Op. cit. p. 121.

²² Timon, Á.: A szentkorona elmélete és a koronázás (Theorie der hl. Krone und die Krönung) Budapest, 1920. p. 4.

²³ Der hl. Kronenverband der Ungarischen Männer wurde in 1926 gegründet. Die Landesorganisation wurde nach dem Gebietsprinzip je Gemeinden, in Städten nach Bezirken organisiert. Das Ideal des Verbandes ist nach den Statuten das auf Rechtskontinuität beruhende historische Ungarn. Das Ziel wurde im Statut bestimmt: „Pfleger des staats- und nationserhaltenden Gedankens der hl. Krone, Propagierung der Treue zum ungarischen Königstum, die Förderung der vollen Wiederherstellung der Verfassung, das Festhalten am Prinzip der Rechtskontinuität und an der legitimen Erbfolge, Bewahrung und Pflege der tausendjährigen Traditionen und nationalen Idealen, Entwicklung des Nationalbewusstseins und Patriotismus, allzeitige Ausübung der Menschenliebe, Vertiefung der Sozialkultur und in diesem Zeichen die Vereinigung der Bevölkerung in der gemeinsamen Arbeit“. Ideal und Ziel umfassen die Bestrebung nach der Revision mit Anspruch auf das historische Ungarn, das Programm des Legitimus mit Verkündung der „Rechtskontinuität“, der „Verfassungsmässigkeit“ und des „Festhaltens an der legitimen Erbfolge“, eine patriotische und soziale Demagogie mit dem Aufruf zum „Nationalbewusstsein“ und zur Ausübung der allseitigen Menschenliebe. In diesem Zeichen wollte man die Bevölkerung – natürlich ohne Klassenunterschied – zur „gemeinsamen Arbeit“ vereinen.

²⁴ Nemzeti Újság 1931. Febr. 10.

²⁵ Molnár, K.: A szentkorona jegyében (Im Zeichen der hl. Krone) Dunántúl, 1. Febr. 1931. op. cit. p. 128.

²⁶ Szontagh, V.: Államfelfogások jelentősége a jogtudomány szempontjából (Bedeutung der Staatsauffassungen aus dem Gesichtspunkt der Rechtswissenschaft) Miskolci Jogászséglet 1932. Nr. 9–10. VIII. p. 3.

²⁷ Szontagh, V.: A legitimizmus elméleti szempontból (Der Legitimus in theoretischer Hinsicht) Miskolci Jogászséglet 1934. Nr. 1–2. X. p. 15.

²⁸ Pollner, Ö.: A királykérdés megoldása. Nemzeti királyság és dinasztikus unió. (Lösung der Königsfrage. Nationalkönigtum und dynastische Union) Miskolci Jogászséglet 1937. Nr. 5. XIII. p. 169.

²⁹ Ránki, Gy.: Gondolatok az ellenforradalmi rendszer társadalmi bázisának kérdéséhez, az 1920-as évek elején. (Gedanken über die Frage der gesellschaftlichen Basis des gegenrevolutionären Regimes zu Beginn der 1920-er Jahre) Történelmi Szemle 1962. Nr. 3–4. p. 361.

³⁰ Csekey, I.: A kormányzói jogkör kiterjesztése (Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers) Magyar Szemle. 1937. Jan. p. 16.

³¹ Csekey, I. op. cit. p. 16.

³² Egyed, I.: A kormányzói intézmény (Das Institut des Reichsverwesers) Magyar Szemle, 1937. XXX. Nr. 1. p. 137.

³³ Szontagh, V.: A Szent Korona tana és a kormányzói jogkör (Die Lehre der hl. Krone und die Rechte des Reichsverwesers) 1937. p. 4.

³⁴ op. cit. p. 7.

³⁵ op. cit. p. 23.

³⁶ op. cit. p. 9.

³⁷ 1937: XIX. Ges. Art.

³⁸ Téglássy, A.: Utóhang a kormányzói jogkör kiterjesztésének kérdéséhez (Nachwort zur Frage der Ausdehnung der Rechte des Reichsverwesers), Szerenes, 1937. p. 28.

³⁹ Nemzeti Újság 1937. Febr. 14.

⁴⁰ Nemzeti Újság op. cit.

⁴¹ *Bököny, J.*: Királyi hatalom és kormányzói jogkör (Königliche Gewalt und Rechte des Reichsverwesers) Budapest, 1933. p. 29.

⁴² *Téglássy, A.*: op. cit. p. 3.

⁴³ *Bököny, J.*: Az 1937. XIX. t., a kormányzói jogkör kiterjesztéséről és a kormányzóválasztásáról (Ges. Art. XIX : 1937 über die Ausdehnung der Rechte und die Wahl des Reichsverwesers Budapest, 1937. p. 79.

⁴⁴ *Függetlenség* 1937. Dez. 21.

⁴⁵ Ein handgreifliches Beispiel für die unhistorische, tendenziöse Berufungen ist die Rede von Bálint Hóman, die er auf der gemeinsamen feierlichen Sitzung des Parlamentes in Székesfehérvár über das Andenken des hl. Stephan hielt. Hóman behauptete über König Stephan, dass „niemand entschiedener für die westliche Politik und den Gedanken der deutschen und italienischen Freundschaft Stellung nehmen könnte und niemand sich klarer für den Gedanken der ungarischen nationalen Souveränität und der staatlichen Unabhängigkeit geoffenbart hat.“ (*Függetlenség*, 19. VIII. 1938) So erhielt die Tagespolitik eine „historische Grundlage“.